

Bayerns Jäger fordern Eigenverantwortung und Reform im Jagdrecht!

Bayerns Jäger demonstrieren beim Landesjägertag für Geschlossenheit und fordern Reformen im Jagdgesetz zur Naturverjüngung.



Bad Aibling, Deutschland - In Bad Aibling demonstrieren am Wochenende die bayerischen Jäger Geschlossenheit und Zusammenhalt. Beim Landesjägertag des Bayerischen Jagdverbands (BJV) sprachen sich beeindruckende 95 Prozent der Mitglieder für die Entlastung des Präsidiums aus. Dieser Schritt ist besonders bedeutend, da der BJV in der Vergangenheit mit internen Streitigkeiten zu kämpfen hatte. Jagd- und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger reagierte auf diese Herausforderung, indem er einen runden Tisch organisierte, um den Fokus auf sachliche Themen zu lenken.

Ein zentrales Anliegen der Jäger sind die Themen Naturverjüngung und Wildverbiss. Aus diesem Grund fordert BJV-Präsident Ernst Weidenbusch mehr Eigenverantwortung in den Jagdrevieren und eine Reduktion staatlicher Interventionen. Besondere Kritik übt er an den bestehenden Abschussplänen, die er für überflüssig hält. Laut seinen Aussagen sollten Jagdgenossenschaften mehr Freiraum bei der Planung ihrer Abschüsse erhalten.

Kritik am geplanten Jagdgesetz

Die Diskussion um die Novelle des bayerischen Jagdgesetzes sorgt unterdessen für scharfe Kontroversen. Aiwanger plant, den Artenschutz in die Zuständigkeit des Jagdrechts zu übertragen, was von Naturschutzorganisationen scharf kritisiert wird. Diese warnen, dass solche Maßnahmen den Schutz streng geschützter Tierarten wie dem Wolf und dem Goldschakal schwächen könnten. Der Bayerische Naturschutzverband (BN) äußert Bedenken, dass diese Änderungen die notwendige Waldverjüngung in der aktuellen Klimakrise gefährden könnten. Zudem wird von der höheren Jagdbehörde angestrebt, Schonzeiten für bestimmte Tierarten zur Bekämpfung von Wildseuchen aufzuheben.

Ein weiterer Aspekt der Novelle sieht vor, die Abschussplanung für Rehwild teilweise abzuschaffen. Minister Aiwanger kritisierte das bestehende System der Abschussplanung als „offensichtlich nicht zielführend“ und fordert, dass Jagdgenossenschaften die Rehwildbewirtschaftung ohne behördliche Planung selbst gestalten können. Dies sorgt jedoch für hitzige Debatten, insbesondere unter dem Bayerischen Bauernverband (BBV) und dem Bayerischen Waldbesitzerverband (WBV), die Aiwangers Pläne zur Abschaffung der Abschussplanung für Rehwild ablehnen.

Bundesweite Perspektiven

Eine Reform des Bundesjagdgesetzes fand bereits im Vorfeld

große Beachtung. Ziel dieser Reform war es, einen Ausgleich zwischen Wildhege und Waldpflege zu schaffen sowie die Jägerprüfungsordnung zu vereinheitlichen. Die vorgeschlagene Novelle sah auch Maßnahmen zur Verringerung der Bleiabgabe von Büchsenmunition vor.

Ähnlich wie auf Landesebene ergibt sich der Ruf nach einer ideologiefreien Reform des Bundesjagdgesetzes. Die in Berlin geführten Diskussionen erkannten an, dass der Waldumbau unabhängig vom Wildbestand auch Schutz- und Pflegemaßnahmen erfordert. Diese Punkte sorgen dafür, dass die derzeitige Reform sowohl in den politischen als auch in den agrarisch-naturwissenschaftlichen Kreisen einzigartige Herausforderungen darstellt.

Insgesamt zeigt sich, dass das Thema Jagd und Naturschutz in Bayern und darüber hinaus eine akute und komplexe Angelegenheit bleibt, die sowohl die Interessen der Jäger als auch den notwendigen Schutz der Tierarten und der Waldstruktur in den Fokus stellt.

Die Entwicklungen werden genau beobachtet, während sich die Akteure in der Politik und im Naturschutz weiterhin um einen Konsens bemühen.

Für detaillierte Informationen zu den aktuellen Geschehnissen lesen Sie bitte die Beiträge auf pnp.de, proplanta.de und bundestag.de.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bad Aibling, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.proplanta.de• www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de